

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Fachausschusses Föhr am Montag, dem 14.02.2011, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 22:05 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Heidi Braun
Herr Arfst Christiansen
Herr Alexander Damm
Herr Cornelius Daniels
Herr Stefan Hinrichsen
Herr Uwe Ingwersen
Herr Karl-Heinz Juhl
Herr Heinz Lorenzen
Frau Dr. Silke Ofterdinger-Daegel
Herr Jens Pedersen
Herr Paul Raffelhüschen
Frau Gisela Riemann
Herr Friedrich Riewerts
Herr Christian Roeloffs
Herr Peter Schaper
Herr Jürgen Schmidt

als Vertreter von Herrn Marczinkowski

von der Verwaltung

Frau Renate Gehrman
Frau Katja Kucharzewski
Frau Anke Zemke

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Marczinkowski

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 4 . Einwohnerfragestunde
- 5 . Bericht der Amtsvorsteherin
 - 5.1 . Küstenschutzabgabe
 - 5.2 . Feuerwehrauto
 - 5.3 . CO2 Standorte im Wattenmeer
- 6 . Bericht der Verwaltung
 - 6.1 . Schulleitung Rüm-Hart-Schule
 - 6.2 . Entschädigungsverordnung
 - 6.3 . Energiegutachten
- 7 . Novellierung des Schulgesetzes: Wahlmöglichkeit Bildungsgang G8 oder G9
Vorlage: Amt/000122
- 8 . Resolution zur Vermeidung weiterer Biogasanlagen
- 9 . Archivvertrag
- 10 . Radwegekonzept
hier: Piktogramme und Aufstellen der Beschilderung
- 11 . Verschiedenes

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Braun begrüßt als Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung (öffentlicher Teil)

Es gibt keine Einwände gegen Form und Inhalt des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Ein Vater von drei schulpflichtigen Kindern stellt zu Beginn die Frage, was die Eltern tun können, um die bestmögliche Entscheidung für ihre Kinder zu treffen. Frau Braun versichert, dass es sich beim Fachausschuss Föhr um ein demokratisches Gremium handelt, in dem unter anderem auch betroffene Eltern präsent sind. Die Eltern müssen sich laut Aussage von Frau Braun somit nicht sorgen, dass ihre Standpunkte nicht hinreichend vertreten sind.

Ein Bürger stellt fest, dass die Beschlussempfehlung des G8 positiv formuliert ist und möchte das Motiv der zusagenden Abfassung wissen. Frau Braun erklärt, dass es sich bei der positiven Stellungnahme um eine Formsache handelt. Die Formulierung der Beschlussempfehlung gibt keine Hinweise auf das Resultat.

Es wird von einem Bürger die Frage gestellt, warum die Bürgerfragestunde am Anfang einer Sitzung stattfindet und ob die Möglichkeit besteht zusätzlich nach der Sitzung Zeit für Fragen und Statements einzuräumen. Herr Lorenzen erklärt, dass es nicht zweckmäßig wäre eine Bürgerfragestunde am Ende einer Sitzung durchzuführen, da diese dadurch ihre Bedeutung verlieren würde. Bei der Fragestunde am Anfang einer jeden Sitzung können alle Anwesenden sowohl Fragen stellen, als auch Denkanstöße geben und ihre Meinung kund tun. Für Beschlussfassungen kann dies von enormer Bedeutung sein.

Eine Mutter erläutert, dass in der Grundschule in Süderende ein sehr schlechter Klassenschnitt ist und in diesem Schuljahr voraussichtlich nur ein Kind der vierten Klasse eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten wird. Sie vermutet, dass falls das G8 eingeführt wird keine Kinder aus der Grundschule Süderende den Sprung auf das Gymnasium schaffen werden, da die Ansprüche dann nochmals steigen werden und die Kinder aus der Grundschule Süderende diesen Anforderungen nicht gewachsen wären. Des weiteren vertritt sie die Meinung, dass die Kinder bei G8 durch den Nachmittagsunterricht nicht mehr ausreichend Zeit haben, um ihren Hobbys nachzugehen.

Frau Braun bedankt sich bei allen Personen für die Meinungsäußerung und versichert, dass alles zur Kenntnis genommen wurde.

5. Bericht der Amtsvorsteherin

5.1. Küstenschutzabgabe

Die Vorsitzende berichtet, dass bei der heutigen Vorstandssitzung des schleswig-holsteinischen Gemeindetages, Kreisverband Nordfriesland die Einführung der Küstenschutzabgabe thematisiert wurde. Die Umsetzung sei aufgrund diverser Alternativen noch ungewiss.

5.2. Feuerwehrauto

Mit Schreiben vom Deutschen Kommunalen Informationsdienst am 11. Februar 2011

wurde mitgeteilt, dass das Bundeskartellamt in Bonn gegen drei Hersteller von Feuerlöschfahrzeugen wegen illegaler Preis- und Quotenabsprachen Geldbußen von insgesamt 20,5 Millionen Euro verhängt. Die Unternehmen sollen den Markt für Feuerlöschfahrzeuge in Deutschland seit mindestens zehn Jahren unter sich aufgeteilt haben. Ob Führer Gemeinden zu Opfern der Preisabsprachen wurden, ist laut Aussage von Frau Braun ungewiss. Da ein Feuerwehrfahrzeug immer eine enorme Ausgabe für eine Gemeinde darstellt hofft die Vorsitzende inständig, dass die Gemeinden im Amtgebiet keine Verluste durch die Preis- und Quotenabsprachen hinnehmen mussten.

5.3. CO2 Standorte im Wattenmeer

Frau Braun hat an der Vorstandssitzung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kreisverband Nordfriesland teilgenommen und berichtet, dass im Wattenmeer 408 Standorte zur CO2 Einlagerung angedacht sind. Ein Standort sei direkt am Oldsumer Deich; ein weiterer an der Küste von Amrum. Die angedachten Einlagerungen bereiten große Sorge, da die Auswirkungen von CO2-Einlagerungen nicht abzuschätzen seien.

6. Bericht der Verwaltung

6.1. Schulleitung Rüm-Hart-Schule

Die Amtsdirektorin teilt mit, dass am 01. April die neue Schulleiterin Frau Weber ihren Dienst in der Rüm-Hart-Schule antreten wird.

6.2. Entschädigungsverordnung

Frau Gehrman berichtet, dass mit Wirkung zum 01. Dezember 2010 die Entschädigungsverordnung geändert wurde. Alle betroffenen Abrechnungen werden überprüft.

6.3. Energiegutachten

Am Montag, den 21. Februar 2011 findet um 14.30 Uhr in den Räumen des Amtsgebäudes die Projektpräsentation einer Flensburger Studentengruppe statt, die ein Energiegutachten für die Feldstraße 36 erarbeitet hat. Um rege Teilnahme wird gebeten.

7. Novellierung des Schulgesetzes: Wahlmöglichkeit Bildungsgang G8 oder G9 Vorlage: Amt/000122

Frau Braun verteilt eine Tischvorlage und erläutert, dass das Schulgesetz dahingehend geändert wurde, dass die Möglichkeit besteht entweder G8 oder G9 zu unterrichten. In Zahlreichen Informationsveranstaltungen wurden von Schülern, Lehrern und Eltern die Vor- und Nachteile von G8 und G9 beleuchtet.

Frau Braun weist darauf hin, dass das alte G9 nicht dem zukünftig unterrichteten neuen G9 entsprechen wird. Die Amtsvorsteherin betont, dass falls der Beschluss für G9 ausfallen wird, keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Da folglich kein zusätzliches Personal eingestellt werden kann, wird auch in G9 Nachmittagsunterricht eventuell notwendig sein. Die Vereine und Verbände haben sich mehrheitlich gegen die Einführung des G8 ausgesprochen, da durch den Nachmittagsunterricht und den erhöhten Lernaufwand die Trainingszeiten eingeschränkt seien und Mitgliederverluste befürchtet werden. Frau Braun gibt des weiteren zu bedenken, dass sich alle Parteien mit Ausnahme der FDP gegen die Schulreform ausgesprochen haben.

Herr Peter Schaper ergreift das Wort und erklärt, dass es seiner Ansicht nach irrelevant ist, dass in zwei Jahren Neuwahlen stattfinden. Für die Entscheidung für oder gegen G8 bzw. G9 sei nur bedeutungsvoll, dass die Schulform auf einem pädagogisches Konzept beruht. Das G9 biete seiner Ansicht nach viele neue Chancen und er habe das Vertrauen in die Lehrer, dass diese das schulisch umsetzen. Herr Schaper hat die Befürchtung, dass viele gute Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung nach der Grundschule auf die Regionalschule wechseln, da sie den Schritt das Abitur in acht Jahren zu machen fürchten. Im Gegenzug besteht seiner Meinung nach für sehr intelligente

Kinder beim G9 die Möglichkeit eine Klasse zu überspringen und so die Abiturprüfung nach insgesamt 12 Schuljahren abzulegen. Herr Schaper betont, dass bei der Entscheidung für oder gegen G8 die Kinder im Mittelpunkt stehen müssen. Des weiteren legt er dar, dass die Entwicklung eines Menschen ein Reifeprozess ist, der Zeit benötigt. Beim G8 würde den Kindern diese Zeit genommen werden, da durch den anfallenden Nachmittagsunterricht und das erhöhte Lernpensum Zeit für Hobbys und Freizeitaktivitäten wegfalle, die für die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit und sozialer Kompetenzen erforderlich sei. Des weiteren weißt Herr Schaper darauf hin, dass von Seiten der Schulkonferenz, der Lehrer und der Eltern das G9 gefordert wird.

Herr Heinz Lorenzen schließt sich der Meinung von Herrn Schaper an und hebt nochmals hervor, dass es irrelevant ist zu spekulieren wie die Wahlen in zwei Jahren ausfallen werden, denn die Schulen haben seither alle Vorgaben stets vernünftig umgesetzt und auf eine Entscheidung auf Basis von Mutmaßungen zu treffen sei falsch. Des weiteren spricht Herr Lorenzen die Umfrageergebnisse an, deren genaue Zahlen seiner Meinung nach unwichtig sind. Die Bedeutung für den Schulträger ist hingegen laut Herrn Lorenzen eine nicht zu vernachlässigende Frage. Die Schule brauche demnach für das G9 zwei Klassenräume mehr als für das G8. Bei der Eilun Feer Skuul sind derzeit gemäß neuem Raumkonzept drei Räume zu viel vorhanden. Ergo seien die baulichen Gegebenheiten kein Argument für das G8. Außerdem darf man laut Herrn Lorenzen nicht das Thema Geld als Argumentationsmittel benutzen, stattdessen müsse die optimale Lösung für die Schüler gesucht werden. Herr Lorenzen vertritt die Meinung, dass bei dieser Suche der Blick über den Schulstandort Föhr hinaus insoweit richtungsweisend sein kann, da weltweit viele Schulen für das G9 plädieren. Außerdem könne die Einführung des G8 über kurz oder lang zur Schließung des Gymnasiums führen. Am Ende weißt Herr Lorenzen noch darauf hin, dass es in der Vorlage „Wiedereinführung“ und nicht „Weiterführung“ heißen muss.

Herr Alexander Damm ergreift als nächstes das Wort und sagt, dass Sachzwänge nicht die Grundlage der Entscheidung sein können. Kinder brauchen Zeit um eine Persönlichkeit zu entwickeln, die der straffe Lernstoff des G8 den Schülerinnen und Schülern nicht gibt. Zeit ist ein Faktor der beim Erwachsenwerden unentbehrlich sei. Allein das Wissen eines Menschen mache nicht seine Persönlichkeit, denn diese wird vor allem durch die außerschulischen Aktivitäten geformt. Selbst wenn die Unterrichtszeiten nicht aktiv in die Zeiten Vereinsarbeit eingreifen, ist es fragwürdig, ob Schülerinnen und Schüler noch genug Energie und Lust für ihre Hobbys haben. Laut Herrn Damm haben die Kommunalpolitiker nun die Möglichkeit zu entscheiden und diese sollten sich in erster Linie an die Wünsche und Bedürfnisse der Insel richten.

Herr Christian Roeloffs erinnert an die Worte des Schulvertreters Stallbaum, der eine pragmatische Entscheidung gefordert hat. Das G8 wird laut Roeloffs aller Voraussicht nach früher oder später wieder eingeführt werden. Darum würde man einen erneuten Wechsel vermeiden, wenn man jetzt das G8 einführt.

Frau Riemann erklärt, dass nur in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen das G9 praktiziert wird. In allen anderen Bundesländern steht das G8 auf dem Bildungsplan. Sie gibt des weiteren zu bedenken, ob Schülerinnen und Schüler die das Abitur in 13 anstatt in zwölf Jahren gemacht haben an den Universitäten trotz eines identischen Notenabschlusses als Studierende zweiter Klasse behandelt werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist entgegen vieler anderer Schulen im Land das G9 einzuführen.

Herr Raffelhüschen meint, dass es keine aussagekräftigen Argumente für das eine oder das andere gibt und es daher sehr schwer ist in so kurzer Zeit eine Entscheidung zu treffen. Frau Braun merkt an, dass die Entscheidung bis zum Mittwoch, den 23. Februar

2011 getroffen sein muss.

Zu der Aussage von Frau Riemann, dass Abiturientinnen und Abiturienten des G9 eventuell als Studierende zweiter Klasse behandelt werden, entgegnet Herr Lorenzen, dass die Oberstufe von der Entscheidung nicht betroffen ist und somit die Sorge von Frau Riemann unbegründet sei. Außerdem würden dank des Zentralabiturs alle Schülerinnen und Schüler die selben Abiturprüfungen haben.

Herr Damm ergreift erneut das Wort und sagt, dass es wichtig ist ein Zeichen zu setzen und seine Meinung zu vertreten. Schließlich gäbe es in den anderen Bundesländern ebenfalls Proteste. Außerdem könne man das G9 nicht einfach abwerten, denn schließlich seien diese Schulabgänger die bereits weiter gereiften Personen, die besser auf das Leben nach der Schulzeit vorbereitet sind.

Herr Schaper macht noch einmal deutlich, dass aufgrund der Insellage das Y-Modell nicht umgesetzt werden kann und somit eine Entscheidung zwischen G8 und G9 getroffen werden muss. Die Tatsache, dass sich überall Proteste regen sei irrelevant, denn es käme einzig auf die Tatsache drauf an, die beste Alternative für die Insel Föhr zu treffen.

Frau Braun erläutert, dass die Vorargumentation zu einer Diskussion geführt habe, deren Ziel es sei, eine Lösung mit Bestand zu erreichen.

Herr Schaper beantragt eine namentliche Abstimmung.
Herr Lorenzen unterstützt diesen Vorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Heidi Braun	ja
Arfst Christiansen	ja
Cornelius Daniels	ja
Alexander Damm	nein
Uwe Ingwersen	ja
Karl-Heinz Juhl	nein
Peter Schaper	nein
Heinz Lorenzen	nein
Stefan Hinrichsen	nein
Dr. Silke Offerdinger-Daegel	ja
Jens Pedersen	nein
Paul Raffelhüschen	ja
Gisela Riemann	Enthaltung
Christian Roeloffs	ja
Jürgen Schmidt	Enthaltung

Ergebnis:	7 ja
	6 nein
	2 Enthaltungen

8. **Resolution zur Vermeidung weiterer Biogasanlagen**

Herr Damm fasst die bisherigen Geschehnisse im Bezug zum Bau von Biogasanlagen kurz zusammen und erklärt, dass momentan abgewartet werden sollte, welche Beschlüsse der Kreis fasst. Er befürwortet einen sofortigen Baustopp der Biogasanlagen bis eine Regionalplanung vorhanden ist. Bei der Regionalplanung sei ein schlüssiges Wärmekonzept von enormer Bedeutung. Außerdem sollte die Benutzung von nur einer Fruchtart vermieden werden. Es sei wichtig, dass kleine und regionale Anlagen gebaut

werden und vor allem die Effizienz der Anlagen gesteigert wird. Es gäbe viele Gestaltungsmöglichkeiten.

Frau Dr. Ofterdinger-Daegel vertritt die Meinung, dass die Zuständigkeit beim Umweltausschuss des Amtes Föhr-Amrum liegt.

Alexander Damm entgegnet daraufhin, dass das Ziel sein muss etwas verändern zu wollen, wenn auch die Möglichkeiten gering sind. Man müsse einen geeigneten Weg finden.

Laut der Aussage von Herr Roeloffs sollte nicht eine Resolution gefertigt werden, bevor nicht die Probleme erläutert und diskutiert wurden.

Herr Schaper bestätigt die Aussage von Herrn Roeloffs, dass eine vernünftige Diskussion stattfinden muss, damit alle zu ihrem Recht kommen.

Frau Braun regt an, die Diskussion des Kreises weiter zu verfolgen und sich weiter mit den Biogasanlagen zu befassen.

9. Archivvertrag

Frau Gehrman berichtet, dass sie Gespräche mit dem Archivdirektor des Landesarchivs Schleswig-Holstein geführt hat. Es wurde beschlossen das Inselarchiv nach Föhr zu überführen, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen

Es müssen geeignete Räumlichkeiten vorhanden sein. Das Amt Föhr-Amrum mietet diese bei der Ferring-Stiftung. Des weiteren muss ein ordnungsmäßiges Rechtsverhältnis mit dem Archivar bestehen. Außerdem muss das Amt mit dem Landesarchiv Schleswig-Holstein einen Beratungsvertrag abschließen. Das Landesarchiv muss durch diesen Vertrag dem Amt verbindlich beratend zur Seite zu stehen.

Frau Gehrman erklärt abschließend, dass die Überführung zeitnah, also sowie die Voraussetzungen geschaffen sind, erfolgen soll.

10. Radwegekonzept

hier: Piktogramme und Aufstellen der Beschilderung

Frau Braun hat vor Beginn der Sitzung Abbilder der fünf Piktogramme an eine Stellwand gehängt. Die Piktogramme sollen der Orientierung dienen und weisen die fünf verschiedenen Radrundwege über die Insel aus. Für die Anfertigung der Schilder mit den Piktogrammen werden von Leif Hänsch vom Bau- und Planungsamt verschiedene Angebote eingeholt.

Die Schilder müssen bis 01. Mai 2011 stehen. Frau Braun möchte wissen, wer in der jeweiligen Gemeinde für das Errichten der Schilder zuständig ist. Sie bittet alle Gemeindevertreter die Zuständigkeit in einer Liste einzutragen.

11. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Um 21.15 Uhr endet der öffentliche Teil der Sitzung